

Lebensunterhalt bestreiten müssen. Deshalb ist der polnischen Regionalministerin Elżbieta Bienkowska zuzustimmen, die meinte:

„Wenn wir die Kohäsionszahlungen stark kürzen, schießen sich die Hauptbeitragszahler, nämlich Deutschland, Frankreich und Österreich, selbst ins Knie.“

Elżbieta Bienkowska ist nur zuzustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam etwas dafür tun, dass die Kohäsionspolitik noch stärker dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet ist, den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Energiewende gerecht wird, den ökologischen Umbau und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge stimulieren kann und eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Bildung, gute Arbeit und Gleichstellung der Geschlechter fördert. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Riehstein spricht für die CDU-Fraktion.

Frau Riehstein (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Oktober des vergangenen Jahres hat die Kommission der Europäischen Union ihre Verordnungsentwürfe für die kommende Förderperiode vorgestellt. Seitdem laufen Gespräche und Verhandlungen auf europäischer, auf Bundes- und auch auf regionaler Ebene. Da ist es erst mal grundsätzlich gut und wichtig, dass sich auch der Landtag Brandenburg positioniert. Im Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik haben wir uns regelmäßig über den aktuellen Stand der Verhandlungen berichten lassen. Ich darf in dem Zusammenhang auch daran erinnern, dass wir Ende Mai als Ausschuss nach Brüssel reisen werden, um uns vor Ort mit den Entscheidungsträgern zu treffen und uns informieren zu lassen.

Ich war schon sehr überrascht, dass die Koalitionsfraktionen noch vor dieser Reise einen umfangreichen, bis ins Detail ausgearbeiteten Antrag zu den Europäische-Union-Fonds in den Landtag einbringen. Ich denke, es wäre schlauer gewesen, zu erst mit den Verantwortlichen in Brüssel zu sprechen, dann die Ergebnisse zu bewerten, zu sortieren und im Anschluss daran Schlussfolgerungen zu ziehen. Nun werden wir als Ausschuss mit einem ziemlich detaillierten Landtagsbeschluss nach Brüssel reisen, mit dem wir uns bereits festgelegt haben. Scheuklappen oder Kompass? Das wird sich dann zeigen.

Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, hat die CDU nun auch mit einem Entschließungsantrag reagiert, weil wir uns bewusst sind, wie wichtig die Thematik für unser Land ist - zu wichtig, als dass wir Ihre Ansätze unkommentiert übernehmen und mittragen könnten. Wir stimmen jedoch in einigen Punkten überein und die haben wir in unserem Antrag auch aufgegriffen.

Bevor ich ins Detail gehe, möchte ich noch anmerken, dass ein geordnetes Verfahren zur abschließenden Behandlung dieser wichtigen Angelegenheit meines Erachtens anders ausgesehen hätte: Wir hätten es uns gewünscht, dass der Antrag in den Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspoli-

tik sowie in weitere Fachausschüsse überwiesen worden wäre, um dort ein Paket zu schnüren, welches alle Aspekte der zukünftigen Förderlandschaft berücksichtigt. Das wäre wohl der Bedeutung Europas und der Förderperiode 2014 bis 2020 am ehesten gerecht geworden.

Meine Damen und Herren, der wichtigste Punkt für Brandenburg ist mit Sicherheit die Einrichtung der Übergangsregionen. Die damit verbundene dauerhafte Sicherung von zwei Dritteln der aktuellen Mittelausstattung ist elementar für die künftige Förderperiode. Hier haben alle ostdeutschen Bundesländer und die vergleichbaren Regionen in Europa - zum Glück und in bereits bewährter Manier - gemeinsam und erfolgreich gekämpft. Wichtig für Brandenburg ist, dass auch die Phasing-out-Regionen in die von der Kommission vorgeschlagenen Übergangsregelungen aufgenommen werden. Konkret bedeutet das eine 75%ige Kofinanzierung der Europäischen Union. Hier gilt es weiterhin Druck zu machen.

Auch weitere Punkte wie die Ablehnung fester Quoten für die jeweiligen Fonds, einen flexiblen Mitteleinsatz für Brandenburg als möglichst einheitliche Förderregion oder der Verbleib der Rückflüsse aus Zinseinnahmen aus revolvingierenden Fonds in der Region unterstützen wir.

Unterschiede sehen wir jedoch insbesondere im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik und bei der Bedeutung der Förderung von Forschung und Entwicklung. Die Forschung und Entwicklung haben Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, in Ihrem Antrag fast vollständig außen vor gelassen. Dabei sind es gerade die noch zu geringen Kapazitäten im Bereich Forschung und Entwicklung, welche die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes im Vergleich zu strukturstarke Regionen mindern. Wir denken, dass sich Brandenburg weiterhin dafür einsetzen muss, das neue EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“, welches Innovation, Forschung und Wirtschaft näher zusammenführt, stärker mit den Strukturfonds zu verbinden.

Darüber hinaus sind wir der Auffassung, dass neben der neuen Partnerschaftsvereinbarung auf nationalstaatlicher Ebene die Operationellen Programme weiterhin das Hauptinstrument der Programmplanung und -umsetzung sein sollten. Bevor diese für Brandenburg verabschiedet werden, erwarten wir darüber eine ausführliche Diskussion und Abstimmung im Landtag.

Meine Damen und Herren, angesichts der zukünftigen Finanzsituation des Landes mit dem Auslaufen des Solidarpakts im Jahre 2019 und der notwendigen nachhaltigen Konsolidierung bilden die EU-Fördermittel eine überaus wichtige Säule im Haushalt des Landes Brandenburg. Schon heute wären - das schreiben Sie auch in Ihrem Antrag - viele Projekte im Bereich der Infrastruktur, der Förderung von Forschung und Entwicklung und ein Großteil der Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ohne die Fördermittel aus Brüssel nicht möglich, und das wird sich in Zukunft noch mehr zuspitzen. Daher ist es gut und wichtig, dass sich der Landtag Brandenburg in die Debatte zur Zukunft der Strukturförderung einbringt. Ich hoffe, dass auch die Reise des Ausschusses nach Brüssel uns hier voranbringen wird. Ziel muss es sein, den erfolgreichen Weg der Verankerung Brandenburgs in einem freibleibenden und wettbewerbsfähigen Europa weiter zu beschreiben. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)